

**Vorlage
zur Beschlussfassung
für die Bezirksamtssitzung am 04.03.2025**

- 1. Gegenstand der Vorlage:** BVV-Beschluss-Nr. 0682/VI vom 18.09.2024
Unfallschwerpunkt Potsdamer Chaussee/ Kurstraße entschärfen
Drucksachen-Nr. 1043/VI
- 2. Berichterstatter:** Bezirksstadtrat Urban Aykal
- 3. Beschlussentwurf:** Das Bezirksamt beschließt, der Bezirksverordnetenversammlung die beigefügte Vorlage zur Kenntnis zu geben.
- 4. Begründung:** Auf die beigefügte Vorlage zur Kenntnisnahme für die Bezirksverordnetenversammlung wird verwiesen.
- 5. Rechtsgrundlagen:** § 36 Abs. 2 Buchst. b) und e) BezVG
- 6. Finanzielle Auswirkungen:** Keine
- 7. Auswirkungen auf eine nachhaltige Entwicklung:** Keine
- 8. Veröffentlichung (BVV-BNr: 471/V):** ja
- 9. An der Vorlage hat mitgewirkt:** ./.

Urban Aykal
Bezirksstadtrat

**Vorlage
zur Kenntnisnahme
für die Bezirksverordnetenversammlung**

1. Gegenstand der Vorlage: BVV-Beschluss-Nr. 682/VI vom 18.09.2024
Unfallsschwerpunkt Potsdamer Chaussee/Kurstraße entschärfen
Drucksachen-Nr. 1043/VI

2. Berichterstatter: Bezirksstadtrat Urban Aykal

3. Die Bezirksverordnetenversammlung hat am 18.09.2024 den folgenden Beschluss gefasst:

„Das Bezirksamt wird ersucht, gemeinsam mit den zuständigen Stellen geeignete Maßnahmen zu erarbeiten und umzusetzen, um den Unfallschwerpunkt Potsdamer Chaussee/Kurstraße nachhaltig zu entschärfen.

Hierbei ist vor allem zu prüfen:

- ob der Bau einer Lichtsignalanlage (LZA) zumindest als Bedarfsanlage dauerhaft Abhilfe schaffen kann und
- ob eine stationäre Blitzanlage installiert werden kann.“

Hierzu wird berichtet:

Da die Senatsverkehrsverwaltung für den Bau von LZA zuständig ist habe ich am 18.11.2024 Herrn Staatssekretär Wieczorek angeschrieben und diesen Beschluss mit der Bitte um Prüfung weitergeleitet. Mit Schreiben vom 12.02.2025 teilte Herr Wieczorek für die Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt mit, dass die Erforderlichkeit zur Neueinrichtung einer LZA in der Potsdamer Chaussee/Kurstraße im Rahmen einer Petitionsanfrage im letzten Jahr überprüft wurde. Dabei hätten die durchgeführten Untersuchungen ergeben, dass die verkehrlichen Rahmenbedingungen, insbesondere die Verkehrssituation und Unfallstatistik nicht die erforderlichen Kriterien für die Einrichtung einer LZA erfüllten.“

Es wird gebeten, den Beschluss damit als erledigt zu betrachten.

Maren Schellenberg
Bezirksbürgermeisterin

Urban Aykal
Bezirksstadtrat